

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20. Insektions-Gebäude für den Raum einer geschäftlichen Vertikale 1 1/2 Gr.

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Breslau 1 Rthl. 15 Gr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rthl. 24 Gr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage.

Breslauer Zeitung.

N^o. 58.

Donnerstag den 27. Februar

1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 24. Februar, Abends 8 Uhr. Auf Befehl des Präsidenten der Republik sind die Urheber der beabsichtigten Manifestation verhaftet worden. Die heutige „Assemblée Nationale“ veröffentlicht den revolutionär abgefaßten Text der Decretirten-Petition. — Es haben zahlreiche diplomatische Ernennungen stattgefunden: Kupik für England, Cavalette für Konstantinopel, Walewsky für Madrid, Sartiges für Washington. — Die Kirchenfeier verlief ruhig. Die Nationalgarde war ausgerückt. Das Volk und die Studenten legten an der Juli-Säule Kränze nieder. Mehrere Banketts haben stattgefunden. — Carlier ist zurückgekehrt.

Stettin, 25. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen pr. Frühjahr 30 Rthl. und Geld, pr. Juni 31 bez. — Rüböl 9 1/2, pr. Herbst 10 1/2. — Spiritus 24, pr. Frühjahr 23 1/2. —

Hamburg, 25. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen, höhere Forderung. — Del pr. Frühjahr 21, pr. Oktober 21 1/2 angeboten. — Kasse, unverändert wenig am Markt.

Frankfurt a. M., 25. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 37 1/2.

Paris, 24. Februar, Abends 8 Uhr. Der Februarfeier wegen keine Böse. (Berl. Bl.)

Uebersicht.

Breslau, 26. Februar. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die Debatte über den Simon'schen Antrag (s. gestr. 3.) fortgesetzt. Der Finanzminister erklärte im Laufe derselben: daß die Regierung weder zur Fort-Erhöhung der Steuern noch zur Ausgabe der Staats-Einnahmen nach dem Etat von 1850 habe die Genehmigung der Kammern einholen können, weshalb habe sie auch nicht die Verfassung verletzt; im Gegentheil werde sie sich bestreben, dieselbe stets aufrecht zu erhalten. Es wurde nun später beantragt, den Simon'schen Antrag durch Annahme der einfachen Tagesordnung ohne Weiteres zu beilegen. Dieser Antrag der Rechten wurde jedoch mit 177 gegen 119 Stimmen verworfen. Hiernach wurde die motivirte Tagesordnung angenommen, und zwar nach einem Antrag des Abgeordneten Falk: „In Erwägung, daß durch die Erklärung des Finanzministeriums jede Befürchtung vor einer die Rechte der Kammern beeinträchtigenden Interpretation des Art. 99 der Verfassung beseitigt ist, und der Antrag des Abgeordneten Simon also in seinem wesentlichen Zweck erledigt ist, geht die Kammer zur Tagesordnung über.“ Dieser Antrag wurde nur mit einer Majorität von 150 gegen 147 Stimmen angenommen.

Der Premierminister v. Mantuffel kam am 24. Februar Abends 9 Uhr in Berlin an, und hielt am folgenden Tage Sr. Majestät dem König Vortrag. — Der österreichische Gesandte in Berlin, Prodrsch v. Osten, soll in Dresden gewünscht haben, von seinem Posten abberufen zu werden. — Das Berliner C. B. bezeichnet die Nachricht, daß Preußen verjunge, eine Anleihe an der Londoner Börse zu fordern, als eine falsche. — General Adamowicz in Erfurt soll erlöst worden sein, in Betreff der deutschen Angelegenheiten ein Gutachten abzugeben.

Der Prozeß gegen Gassenpflug wegen Fälschung ist bei dem Gerichte zu Greifswald wieder aufgenommen worden. Die öffentliche Verhandlung ist auf den 19. März anberaumt.

Am 22. Februar ist wieder ein Trupp österreichischer Soldaten über Ratibor nach Krasau transportirt worden.

In Bezug auf die Dresdener Konferenzen hat es sich jetzt als unumstößlich herausgestellt, daß es Oesterreich auf eine vollständige Demüthigung Preußens abgesehen hatte und zwar dadurch, daß Baiern im engeren Rath Preußen ganz gleich gestellt wurde. (S. unter Deutschland den Art. Hannover.) Allein vorläufig mißlang diese Absicht. Auch die neunteilige Exekutive-Gewalt wurde in der Plenarsitzung vom 23. Februar verworfen. Für dieselbe erklärte sich: Oesterreich, Baiern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Kurhessen, das Großherzogthum Hessen, Braunschweig, Nassau, Meckl., Schaumburg-Lippe. Gegen dieselbe: Preußen, Baden, Luxemburg, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, Weimar, Koburg, Gotha, Meiningen, Altbaiern, Oldenburg, Anhalt u. c. — Nach der Plenarsitzung hatten die beiden Ministerpräsidenten noch eine Versprechung, die von 7 bis 12 Uhr Nachts dauerte, ohne jedoch ein Resultat zu ergeben. Die Verhandlungen werden nun während der 14tägigen Frist zwischen Berlin und Wien schriftlich geführt werden. Am folgenden Tage (24.) reisten Schwarzenberg nach Wien und Mantuffel nach Berlin ab.

Der König von Württemberg soll einen Brief an den Fürsten v. Schwarzenberg geschrieben haben, in welchem er Oesterreich mit Vorwürfen überhäuft. Oesterreich habe sich verpflichtet, die mittleren Königreiche gegen die Ansprüche Preußens zu schützen und habe ihnen Versicherungen gemacht, um sie zu einem Bunde gegen Preußen zu bewegen. Nach der Dmüthigung Zusammenkunft habe Oesterreich gerade das Gegentheil hiervon gethan, es habe die Mittelstaaten geopfert, um sich mit Preußen zu einigen.

Unter München theilen wir ausführlicher den Inhalt der schon erwähnten wichtigen Interpellation des Fürsten Wallerstein wegen der bairischen Intervention in Kurhessen mit.

In Hannover steht eine Verlegung der Kammern in Aussicht. Der Landtag zu Göttingen (Mittelsachsen) hat sich damit einverstanden erklärt: daß das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit baldmöglichst zurückgenommen werde, weil es ein „Freibrief für Freier und Schutken“ sei. Wertwüthigerweise hat sich derselbe Landtag für Duldung der Speibank in Doberan ausgesprochen.

In Holstein will man jetzt mit mehr Sicherheit als früher wissen: daß das Kronenwerk bei Rendsburg wieder von den Dänen geräumt ist, und Rendsburg eine deutsche Bundesfestung werden würde; ja es heißt sogar, daß bald österreichische Truppen in Rendsburg stehen würden. — Die Dänen nehmen den Einwohnern von Schleswig die Ben und Bäume auf, und pflanzen, wo es nur irgend geht, dänische barreichlichen Truppen in Holstein. Die preussischen und ungarischen österreichischen Truppen in Holstein zeigen viele Sympathien für die Sache der Schleswig-Holsteiner. — Am 24. Febr. ist der österreichische Kommissar, Graf Mensdorf nach Kiel gereist.

Zu Paris verlief der 23. Februar ruhig. Studenten hingen einige Kränze an der Bastille-Säule auf.

Genaue Berichte aus London melden, daß Lord Stanley zur Königin berufen worden ist, nicht um ein neues Kabinett zu bilden, sondern um einem Diner beizuwohnen. Ueberhaupt wäre ein Mi-

nisterium, welches die Schuttsche Vertheilung, nicht möglich. Man ergreift sich nun in mancherlei Kombinationen über die Gestaltung des neuen Ministeriums. Die wahrscheinlichste ist: daß J. Russell bleibt, und nur der sehr unpopuläre Schatzkanzler ausgetauscht, für welche Stelle Sir Graham gewonnen werden soll. Dieser will auch eintreten, wenn Lord Palmerston das Ministerium des Auswärtigen abgibt. Letzterer will aber J. Russell auf keinen Fall fallen lassen. Auch eine Auflösung des Parlamentes würde mannigfache Schwierigkeiten mit sich führen.

Am der piemontesischen Grenze hat sich bereits ein österreichisches Heer von 20,000 Mann zusammengezogen. (S. den Artikel: „Von der italienischen Grenze.“)

Preußen. Kammer-Verhandlungen. Zweite Kammer.

Dreifache Sitzung vom 25. Februar.
Eröffnung: 11 Uhr 15 Minuten.
Präsident: Graf v. Schwerin.

Am Ministerische: Das gesammte Staatsministerium, mit Ausschluß Simons.

Der Abg. v. Bodelschwingh (Hagen) hat zu dem Simon'schen Antrag folgendes Amendement eingebracht: „Den von dem Abg. Simon und Genossen eingebrachten, sub Nr. 111 abgedruckten Verbesserung-Antrag an eine aus den Abtheilungen zu wählende Kommission von 24 Mitgliedern zur Vorberathung zu verweisen.“ Er befürwortet dasselbe. Der Simon'sche Antrag stehe außerhalb des Berichtes der Kommission. Er sei durch aus selbstständiger Natur und könne für einen bloßen Verbesserungsvorschlag zu den Anträgen der Kommission nicht angesehen werden. Dem Geschäfts-Regulativ gemäß müsse er daher an eine Kommission zur Vorberathung verwiesen werden. Auf den materiellen Inhalt des Simon'schen Antrages eingehend, findet der Redner in demselben einen indirekten Vorwurf gegen die Central-Budget-Kommission, daß sie die jetzt vorliegende Frage nicht in gehöriger Erwägung gezogen habe. Die vom Abg. Simon dem Art. 99 der Verfassung gegebene Auslegung sei unrichtig; denn es stehe in diesem Artikel von einer Ausgabenverweigerung keine Rede. Die Schuld des gegenwärtigen ungeordneten Zustandes, in welchem ohne vorhergegangene Genehmigung des neuen Etats Ausgaben geleistet werden, trage die Verfassung allein, welche voraussetze, daß der neue Etat stets bis zum Ablauf des alten Jahres von den Kammern werde genehmigt und allerhöchst vollzogen sein können, eine Voraussetzung, die den praktischen Umständen und Verhältnissen keine Rechnung trage. Wollte man der Regierung vorwerfen, daß sie insofern an dem jetzigen ungeordneten Zustande Schuld trage, als sie die Kammern zu spät einberufen habe, so bedauere er allerdings, daß die Einberufung nicht früher erfolgt sei; die jetzigen politischen Umstände würden dann hoffentlich nicht so schwer auf dem Lande lasten. (Bravo links.) Anlangend das Verlangen des Abg. Simon, das Ministerium habe ein Gesetz zur provisorischen Prolongation des alten Etats einbringen sollen, so müsse er hiergegen bemerken, daß die Verfassung eine solche Prolongation des alten Etats nicht kenne. Das freilich sei zu mißbilligen, daß die Regierung beim Wiederaufkommen tritt der Kammern nach der Vertagung nicht offen vor die selben hingetreten sei und erklärt habe, in welchem Konflikte sie sich befinde, daß sie sich genöthigt sähe, Ausgaben ohne vorherige Zustimmung der Kammern zu leisten, und daß die Kammern dies Verfahren nachträglich genehmigen möchten. Hätte das Ministerium eine solche offene Erklärung abgegeben, so würde es wenigstens gezeigt haben, daß es sein Wille sei, im Einverständniß mit den Kammern zu regieren, während jetzt vielfältige Ursachen diesen Willen zu bezweifeln vorlägen. (Bravo links.) Indes könne man doch nicht behaupten, daß das Ministerium zu jener Erklärung, daß zu einer früheren Einberufung der Kammern geradezu verpflichtet gewesen sei und man könne ihm daher aus der Unterlassung auch keinen positiven Vorwurf machen. Der Redner beleuchtet hierauf die Folgen, welche die Annahme des Simon'schen Antrages haben könne. Sie könne die Kammer dem Verdachte aussetzen, daß sie die Prorogative der Krone, die Minister frei zu wählen, beeinträchtigen wolle. Die Annahme könne aber auch eine Auflösung der Kammer bewirken und eine solche Auflösung sei vor der Feststellung des Budgets jedenfalls zu vermeiden. Endlich könne der Fall eintreten, daß das Ministerium sich an die Annahme des Simon'schen Antrages gar nicht lehre und hierdurch würde das Ansehen der Kammer von Neuem leiden. Er bitte daher eventualiter, den Antrag des Abg. Simon zu verwerfen.

Minister v. Rabe: Die in dem Simon'schen Antrag enthaltene Verwahrung würde nur dann begründet sein, wenn die Regierung entweder Handlungen vorgenommen, die ausdrücklich der Verfassung widersprechen, oder wenn sie Handlungen unterlassen hätte, die von der Verfassung ausdrücklich geboten sind. Keines von Beiden ist hier der Fall. Die Regierung hat im alten Jahre sofort nach dem Zusammentritt der Kammer ihr den neuen Etat vorgelegt. Zu der Vertagung, welche die Prüfung des Etats verhindert, hat die Regierung verfassungsmäßig berechtigt. Es kann ihr also hieraus ein Vorwurf nicht gemacht werden. — Erst am 3. Jan. d. J. sind die Kammern wieder zusammengetreten; die rechtzeitige Feststellung des Etats war also durch die Verhältnisse unmöglich gemacht. Für einen solchen Fall enthält die Verfassung keine ausdrückliche Bestimmung.

*) Aus der Sitzung vom 24. haben wir noch folgendes Intermezzo zu erwähnen: Der Abg. v. Bismarck-Schönhausen sagte, er müsse gegen die über angebrachte stilles Entschließen protestiren, mit der man sich Spottet auf die Verfassung als ein Sacriligium aufnehme; die Verfassung trage durchaus nicht den Charakter einer exceptionellen Heiligkeit an sich und er werde es jedenfalls mit großer Gemüthsruhe ertragen, wenn man ihm seine Spottereien gegen dieselbe zum Vorwurf mache. — Der Präsident: Ich muß dem Redner bemerken, daß ich ihn zur Ordnung rufen werde, so oft er sich Spottereien gegen die Verfassung erlaube. (Bravo.) — Abg. v. Bismarck-Schönhausen: Ich erlaube den Herrn Präsidenten nicht mit der Centralität eines Ordnungsrufes zu drohen, sondern den bestimmten Fall abzuwarten. (Bravo von der Rechten.) — Der Präsident: Nun wohl, so rufe ich Sie für diese Aeußerung zur Ordnung. (Bravo.)

Doch ordnet sie die Forterhebung der Steuern nach dem frühern Etat an. Diese Forterhebung macht aber auch die Fortsetzung der Staatsausgaben notwendig, denn ohne Befolgung von Beamten ist keine Einziehung von Steuern möglich. Deshalb sagte das Gesamtministerium im December v. J. den Beschluß, die zur geregelten Fortführung der Geschäfte erforderlichen Ausgaben auch ferner leisten zu lassen. Dadurch haben jedoch die Rechte der Kammern in Beziehung auf die Feststellung des Etats nicht beeinträchtigt und ebensovienig hat dadurch eine Prinzipienfrage entschieden werden sollen. Jener Beschluß des Gesamtministeriums ist vielmehr lediglich eine innere Angelegenheit desselben. Die Regierung hofft hiernach, ihr Verfahren von der Kammer gebilligt zu sehen. Daß sie nicht mit der von dem Abgeordneten für Hagen geforderten Erklärung vor die Kammer getreten ist, oder eine sog. Indemnitätsbill nachgeschickt hat, kann ihr nicht zum Vorwurfe gereichen, da die Verfassung von einer Indemnitätsbill nichts weiß. Ueberdies hat bereits im Jahre 1849 und 1850 ganz das selbe Verfahren stattgefunden und von keiner Seite sind gegen dasselbe Einwendungen erhoben worden. Aus allen diesen Gründen dürfte für die Kammer keine Veranlassung zu einer besondern Verwahrung ihrer Rechte vorliegen. Die Annahme des Simon'schen Antrages würde endlich die allerverderblichsten Folgen für das Land haben. Ich bitte daher, denselben zu verwerfen; eventuell habe ich gegen die von dem Abg. v. Bodelschwingh vorgeschlagene Verweisung des Simon'schen Antrages an eine besondere Kommission nichts zu erinnern.

Keller (Barnim) begründet seinen Antrag auf einfache Tagesordnung. Das Haus selbst treffe die Schuld dafür, daß bei der Revision nicht für den außerordentlichen Zwischenfall Bedacht genommen sei. Stehe das Recht der Kammer auf jährliche Bewilligung der Ausgaben fest, so auf gleiche Weise die Pflicht, der Regierung im neuen Jahre die Staatsausgaben nicht zu stützen.

v. Winde gegen die einfache Tagesordnung, sucht Simon's Antrag als formell und materiell mit den Anträgen der Central-Budgetkommission auf gleichem Boden stehend darzustellen, Simon's Antrag umfasse nur das ganze Budget, während die Anträge der Kommission einzelne Spezialitäten beträfen. Der Redner verlangt von der Regierung, daß sie in Vorausicht der entstehenden Schwierigkeit schon zu einer Berufung der Kammern vor dem November geschritten wäre. Warum sie die Erklärung, die der Finanzminister heute abgegeben, nicht schon am 3. Januar ergangen. Wie der Redner gehört, sei der Finanzminister anfangs selbst der Ansicht gewesen, welche sich jetzt in dem Simon'schen Antrag ausdrücke. Ein Ausweg habe sich der Regierung auch dahin geboten, die Prolongation des Budgets von 1850 für das ganze Jahr 1851 zu beantragen, was gewiß mit der Verfassung vereinbar gewesen wäre. Als v. Winde weiter ausholend von der Rechten zur Sache, d. h. zur einfachen Tagesordnung gerufen wird, ruft der Präsident die Rechte wegen Eingriffs in seine Befugnisse zur Ordnung und erludt den Abg. v. Winde sich streng an die Sache zu halten, d. h. nur gegen die Tagesordnung zu sprechen. Der Redner erklärt die Form des Simon'schen Antrages für die mildeste, in der die Rechte der Kammer gewahrt werden könnten. Ueberflüssig sei der Antrag nicht mehr, seit die Abg. v. Kleist und v. Bismarck dem Art. 99 gestern eine so abweichende Auslegung gegeben hätten. Der Antrag bezwecke endlich nur, dem Ministerium einen Fingerzeig zu geben, auf den rechten Weg zurückzukehren; es gelte aber, durch eine Protestation ein angefochtenes Recht der Kammer zu wahren. — Als v. Winde in eine Kritik der gestrigen Redner (v. Bismarck) eingeht, wird er vom Präsidenten zur Sache gerufen und verläßt die Tribüne mit den Worten: er habe eben zur Kritik der Rede des Herrn Finanzministers übergehen wollen, da ihm jedoch eine solche Kritik untersagt sei, so wolle er lieber die Tribüne verlassen. (Aufregung und Bravo links.) Die Kammer schreiet hierauf zur namentlichen Abstimmung über den Antrag auf einfache Tagesordnung.

Mit Ja stimmen 119, mit Nein dagegen 177; die einfache Tagesordnung ist also verworfen.

Es sind inzwischen 4 verschiedene Anträge auf motivierte Tagesordnung eingebracht worden, die theils auf der rechten, theils auf der linken Seite hinreichende Unterstützung finden.

Als erster Redner gegen die motivierten Tagesordnungen beistigt der Abg. v. Winde unter großer Heiterkeit des Hauses die Tribüne. Diese Heiterkeit wird durch die Anfangsworte seiner Rede: „Ich bin beim Herrn Finanzminister stehen geblieben“, gesteigert. Er weist zunächst die Berufung der Regierung auf die Präcedenzfälle der Jahre 1849 und 1850 als unbegründet zurück. Damals habe die Verfassung sich noch im Revisionsstadium befunden und die Verhältnisse seien daher 1849 und 1850 ganz andere gewesen als jetzt. Der Redner widerspricht hierauf der gestrigen Behauptung des Abg. v. Bismarck, daß die Verfassung nur ein Gesetz sei wie jedes andere. Ein solches Gesetz müsse das Rechtsbewußtsein im Volke auf die Kniee erschüttern. Uebrigens wolle er lieber ein Ministerium, in welchem das Mitglied für Westbavalland und seine Freunde säßen, sich gegenüber setzen, als das jetzige; denn er halte das Mitglied für Westbavalland, sowie seine Freunde wenigstens für konsequente politische Charaktere, zu denen man sich eines Vorwurfs nicht zu versehen habe. (Bewegung.) Zum Schluß erinnert der Redner an die jüngste französische Revolution und an die Ursachen der revolutionären Bewegung in Preußen.

Ein Antrag des Abg. v. Bodelschwingh auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Graf Arnim: Der Antrag des Abg. Simon habe dahin eingebracht werden müssen, daß das Ministerium zwar durch kein spezielles Gesetz zur Fortsetzung der Ausgaben ermächtigt sei, daß es sich jedoch der Gefahr ausgesetzt haben würde, auf Grund des allgemeinen Landrechts wegen fahrlässiger oder dochhafter Vernachlässigung seiner Amtspflichten verfolgt zu werden, wenn es die Staatsausgaben nicht auch ferner bestritten hätte. Für einen solchen Antrag würde wahrscheinlich das ganze Haus gestimmt haben. (Heiterkeit.) Uebrigens sei Art. 99 der Verfassung sonnenklar; denn wenn die Regierung unter Umständen Steuern auch ohne vorherige Genehmigung der Kammern fortsetzen könne, so dürfe sie diese Steuern auch ohne vorherige Genehmigung wieder verausgaben. Man möge ferner berücksichtigen, daß über

einer geschriebenen Verfassung die Existenz des Staates stehe und daß bei jeder geschriebenen Verfassung Fälle vorkommen könnten, wo man auf die Frage, welcher Artikel paßt auf diesen Fall? „Keiner!“ antworten müsse. Ein solcher Falle liege gegenwärtig vor. Die Kammer sei endlich nicht dazu da, ihre Zeit mit fruchtlosen Debatten hinzubringen, Reden zu halten, nur um eines Bravos oder eines Zischens willen, und auf diese Weise ein bloßes Schauspiel aufzuführen. (Der Redner wird links von ironischen Beifallsbezeugungen unterbrochen.) Man möge den gegenwärtigen Konflikt nicht auf die Spitze treiben: er führe entweder zu einer Unzufriedenheit, nämlich Einstellung der Staatsausgaben, oder zu einem Verfassungsbruch.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird um 2 1/4 Uhr angenommen. Es folgen zunächst persönliche Bemerkungen.

Schließlich wurde der Antrag des Abg. Falk:

In Erwägung, daß durch die Erklärung des Finanzministeriums jede Befürchtung vor einer die Rechte der Kammern beeinträchtigenden Interpretation des Artikels 99 der Verfassung beseitigt ist, der Antrag des Abg. Simon also in seinem wesentlichen Zwecke erledigt ist, geht die Kammer zur Tagesordnung über, mit 150 Stimmen gegen 147 angenommen.

Die Sitzung wird hiemit um 3 Uhr geschlossen.

(Morgen Näheres.)
Nächste Sitzung: Morgen 12 Uhr Mittags.
Tagesordnung: Der Budgetbericht.

Berlin, 25. Febr. Se. Majestät der König haben allernachst geruht: Dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am kaiserlich russischen Hofe, General-Lieutenant v. Kochow, den rothen Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub, und dem Grafen Michael Jérôme Lezcyce-Suminski die Kammerherrenwürde zu verleihen. — Der bisherige Gerichtsassessor Später ist zum Rechts-Anwalt für den Bezirk des Kreisgerichts zu Strehlen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Nimpsch, und zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau; der bisherige Kreisrichter Kasner zum Rechtsanwalt für den Bezirk des Kreisgerichts zu Frankenstein, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Frankenstein, und zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau ernannt worden.

— **Berlin, 25. Februar.** [Die Beseinerung der bis jetzt von der Grundsteuer befreit gebliebenen kirchlichen Grundstücke] hat aus der Mitte der beteiligten Geistlichkeit vielfache Anträge gegen die Ausführung der betreffenden Bestimmungen hervorgerufen. Die Regierung scheint indes nicht geneigt, die Besteuerung ganz fallen zu lassen. Auf Veranlassung eines Antrages der evangelischen Synode zu Tangermünde hat vielmehr der Finanzminister erklärt, daß, nachdem die Aufhebung der Grundsteuer, der Grundsteuerfreiheit, der Pfarren und Kirchenländereien in Folge des Gesetzes vom 24. Febr. 1850 bereits erfolgt ist, nur noch die Frage, ob und event. welche Entschädigung den betreffenden Pfarren und Kirchen für die ihnen entzogene Grundsteuerfreiheit zu gewähren sein dürfte, einer besonderen gesetzlichen Erörterung vorbehalten ist. Vor Einsicht der Resultate der jetzt stattfindenden Grundsteuer-Veranlagungen kann aber ein Beschluß über die weitere Behandlung dieser Sache nicht gefaßt, vielmehr vorläufig nur die Zusicherung erteilt werden, daß die vorliegende Frage unter Zuziehung des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten zu seiner Zeit nach allen Richtungen hin einer sorgfältigen Erwägung unterworfen werden wird. — Ebenso hat Herr von Puttkammer im Auftrage des Ministers des Innern auf Anträge in Betreff der Heranziehung der Geistlichen als Einwohner der Gemeinden zu den Gemeindearbeiten, als Einwohner der Gemeinden zu den Gemeindearbeiten, als zu den desfalligen Diensten herangezogen werden müssen. — Das gegen macht dieses Rescript darauf aufmerksam, daß eine Verpflichtung der Geistlichen, die von ihnen geforderten Gemeindegeldleistungen in natura zu leisten, nicht besteshe, mit Ausnahme von Nothfällen gestatte vielmehr die Gemeindeordnungen deren Leistung durch taugliche Stellvertreter. — Die Verpflichtung — schließt die Verfügung — daß das amtliche Ansehen der Geistlichen durch deren Heranziehung zu den Gemeindearbeiten leiden werde, ist daher nicht begründet, wenn auch zugegeben werden muß, daß dieselben durch die Remuneration ihrer Stellvertreter, resp. durch Zahlung des ermittelten Geldäquivalents, eine pecuniäre Einbuße zu erleiden haben werden. In dieser Hinsicht sind jedoch die Geistlichen in keiner schlimmeren Lage, als alle übrigen Kategorien von Beamten, denen nach der früheren Gesetzgebung gewisse, nummehr aufgehobene Exemtionen zustanden.

Berlin, 25. Februar. [Tagesbericht.] Nachdem der Fürst Schwarzenberg gestern früh Dresden verlassen, ging, wie wir gestern bereits im Voraus berichtet, mit dem Mittagszuge der Ministerpräsident Herr v. Mantuffel nach Berlin ab, und traf Abends 9 Uhr hier ein. Heute Vormittag 9 1/2 Uhr begab sich Herr v. Mantuffel in das hiesige Schloß, um Sr. Majestät dem Könige Vortrag zu halten.

Aus Dresden wird berichtet, daß der österreichische Gesandte am hiesigen Hofe, Ritter Professor von Osten, daselbst den Wunsch ausgesprochen hat, seiner gegenwärtigen Stelle enthoben zu werden. (N. Fr. B.)

Ein Korrespondent des N. Fr. B. theilt aus dem Briefe des Königs von Württemberg an den Fürsten Schwarzenberg Folgendes mit: „Oesterreich habe sich verpflichtet, die kleineren Königreiche gegen die Ansprüche Preußens in ihren Rechten zu schützen, und habe ihnen Versicherungen gemacht, um sie zu einem Bunde gegen Preußen zu gewinnen. Nach der Dmüthigung Konferenz sei das Wiener Kabinett gerade den entgegengesetzten Weg gegangen. Es habe der Einigung mit Preußen die Interessen der Mittelstaaten zum Opfer gebracht, und bleibe dessen nicht eingedenk, was es in Bezug auf die Stellung derselben im Bunde versprochen. Württemberg wolle keine Oberherrschaft der Großmächte, wolle weder die Suprematie beider noch einer von beiden.“

Redakteur: Nimb 8.